

Vorlage



an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

hier: Personaletat

- Drucksachen 11/2450, 11/2723

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter: Abgeordneter Peter Bensmann CDU

Beschlußempfehlung:

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den Personaletat entsprechend der Anlage 1 zu beschließen.

Bericht

Durch Beschluß vom 18.09.1991 hat der Landtag den Haushaltsplanentwurf 1992 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Der Unterausschuß "Personal" hat den Personaletat in seinen Sitzungen am 25.09.1991, 11.10.1991, 04.11.1991, 21.11.1991 und 27.11.1991 sowie abschließend am 02.12.1991 beraten.

Wie in den Vorjahren hat der Unterausschuß "Personal" auch während der diesjährigen Haushaltsberatungen den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen über den Personalhaushalt 1992 zu den Stellenplänen der einzelnen Ressorts vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 4.11.1991 durchgeführt.

Im einzelnen stützte der Unterausschuß "Personal" seine Entscheidungen auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992 einschließlich der Ergänzungsvorlage Drucksache 11/2723 sowie die schriftlichen Erläuterungen hierzu), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedene Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in die als Anlage beigefügte Beschlußvorlage eingearbeitet.

Soweit es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlage mündlich zu erläutern.

Bensmann
Vorsitzender

Anlage 1: Beschlußvorlage

Anlage 2: Veränderungen der Planstellen im Einzelplan 04

Anlage 3: Veränderungen der Planstellen im Einzelplan 06

Anlage 1

Beschlußvorlage

HG/1**einstimmig angenommen****Die Vorschriften**

- § 7 Abs. 1 Satz 2 HG 1992
"Verbindlichkeit von Anwärterstellen"
- § 7 Abs. 3 HG 1992
"Stellenführung"
- § 7 Abs. 8 HG 1992
"Einstellungszusagen"

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

werden in die LHO übernommen.

Begründung:

Der Unterausschuß "Personal" und der Haushalts- und Finanzausschuß haben sich mehrfach mit der Entfrachtung des Textes des Haushaltsgesetzes befaßt. Die vorstehenden Bestimmungen sollen nach übereinstimmender Meinung des Unterausschusses und des Finanzministeriums in die LHO übernommen werden.

HG/2**einstimmig angenommen**

Der Unterausschuß "Personal" beauftragt den Gutachterdienst, die Frage, ob eine Zuweisung von Entscheidungskompetenzen durch Landesgesetz (hier: LHO bzw. Haushaltsgesetz) an einen Parlamentsausschuß zulässig ist, weiter zu verfolgen und sie dem Unterausschuß "Personal" zu gegebener Zeit wieder vorzulegen.

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Entfrachtung des Haushaltsgesetzes ist erörtert worden, ob Entscheidungsbefugnisse, die dem Haushalts- und Finanzausschusses derzeit durch Haushaltsgesetz übertragen werden, in der LHO geregelt werden können. Da Einvernehmen mit dem Finanzministerium nicht erzielt werden konnte, wurde der vorstehende Beschluß gefaßt.

HG/3

§ 7 Abs. 9 Satz 1 wird wie folgt geändert:

Nach

**"(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt,"
wird eingefügt**

**"mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzaus-
schusses des Landtags".**

Begründung:

Der Unterausschuß "Personal" beabsichtigt, die stellenplan- und kostenmäßigen Auswirkungen einer Umsetzung der bundesgesetzlichen Regelung hinsichtlich der Stellenplanobergrenzen zu überprüfen.

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

HG/4**SPD****angenommen****SPD** ja**CDU** nein**F.D.P.** ja**GRÜNE** Enthaltung**Änderung zu § 7 Abs. 9 HG-Entwurf 1992:****I. § 7 Abs. 9 Buchst. b des HG 1992 -****Entwurf - erhält die nachfolgende Fassung:**

"b) weitere Planstellen des einfachen Dienstes der Bes.Gr. A 5 BBesO im notwendigen Umfang mit einer Amtszulage auszustatten, wenn durch eine Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes die Obergrenze für Zulagenstellen erhöht wird."

II. In § 7 Abs. 9 werden die Buchstaben d) und e) durch den Buchstaben d) - neu - ersetzt:

"d) Planstellen des mittleren, gehobenen und höheren technischen Dienstes sowie des gehobenen Dienstes der Steuerverwaltung und Planstellen für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen mit abgeschlossener Fachhochschulausbildung im notwendigen Umfang anzuheben, wenn hierfür in den Verordnungen zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 und zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes günstigere Stellenobergrenzen zugelassen werden."

III. § 7 Abs. 9 ist um die nachfolgenden Buchstaben e) bis g) zu ergänzen:

- e) **Planstellen des einfachen Dienstes im notwendigen Umfang in Planstellen der Bes.Gr. A 6 BBesO umzuwandeln, sowie zusätzlich Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes der Bes.Gr. A 6 BBesO mit einer Amtszulage auszustatten, wenn durch eine Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Ämter eingerichtet werden,**
- f) **Planstellen der Bes.Gr. C 3 und C 4 für Universitätsprofessoren an Gesamthochschulen nach Maßgabe des § 35 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in dem Umfang einzurichten, wie Planstellen der Bes.Gr. C 2 BBesO für Universitätsprofessoren an Gesamthochschulen aufgrund von Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes und der Überleitungsverordnung zum 2. Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers wegfallen,**
- g) **Planstellen für Richter und Staatsanwälte der Bes.Gr. R 1 BBesO in Planstellen für Richter als weitere aufsichtsführende Richter und für Oberstaatsanwälte als Abteilungsleiter der Bes.Gr. R 2 BBesO**

Haushaltsgesetz

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

umzuwandeln, wenn hierfür durch Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden."

Begründung:

Anpassung im Hinblick auf die zu erwartende Bundesgesetzgebung.

HG/5a

CDU

abgelehnt

SPD

nein

CDU

ja

F.D.P.

ja

GRÜNE

Enthaltung

§ 7 Abs. 9 erhält folgende Fassung:

"(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Stellenpläne des Haushaltsplans 1992 so umzustellen, daß die Möglichkeiten neu eingeführter Eingangsämter und die Obergrenzen für Beförderungsämter nach dem Bundesbesoldungsgesetz und nach den entsprechenden Rechtsverordnungen ausgeschöpft werden."

HG/5b

CDU

abgelehnt

SPD

nein

CDU

ja

F.D.P.

Enthaltung

GRÜNE

Enthaltung

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Phasenverschiebung bei den Planstellen aufzuheben.

Begründung zu HG/5 a und HG/5 b:

1) Die seit 1980 geltende Phasenverschiebung hat zum Inhalt, daß neue Planstellen nicht unmittelbar, sondern erst nach 3 Jahren zur Berechnung des Stellenschlüssels im Rahmen der Stellenplanobergrenzen berücksichtigt werden dürfen. Da seit einigen Jahren eine nennenswerte Personalvermehrung im Beamtenbereich nicht stattfindet, hat die Phasenverschiebung ihre Berechtigung verloren.

2) Das Besoldungsanpassungsgesetz 1991 sieht zahlreiche Änderungen bei den Obergrenzenregelungen für Beförderungämter z.B. für Professoren, für technische Dienste, für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, für den einfachen Dienst und für die Steuerverwaltung vor. Darüber hinaus wird ein neues Eingangsamt für den mittleren Dienst geschaffen.

Die geänderte Fassung des Abs. 9 ermöglicht es, die Stellenpläne entsprechend umzustellen und insbesondere die bisherigen und neuen Stellenplanobergrenzen auszuschöpfen.

HG/6

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

§ 7 a Abs. 1 wird gestrichen.

Begründung:

Die Aufhebung der 9-monatigen Besetzungssperre, die zugleich als Beförderungssperre wirkt, erfolgt aus folgenden Gründen:

Die Besetzungssperre ist unzweckmäßig und entspricht nicht der Bedarfslage, da sie die Erfüllung der Aufgaben des Landes durch Landespersonal vom Zufall abhängig macht. Die Beförderungssperre verursacht Ungleichbehandlungen, da sie nur Beamte betrifft und im tarifvertraglichen Bereich wirkungslos bleiben muß.

HG/7**SPD****einstimmig angenommen**

§ 7 a Abs. 1 Buchst. c) erhält folgende
Fassung:

SPD ja**CDU ja****F.D.P. ja****GRÜNE ja**

"c) Im Geschäftsbereich des Ministeriums
für Wissenschaft und Forschung:
Planstellen und Stellen in den Kapiteln
06 022 und 06 023 (Hochschulsonder-
programm I und II).
Planstellen und Stellen der
Medizinischen Einrichtungen, die der
Krankenversorgung dienen, sowie Plan-
stellen und Stellen in Lehrinheit mit
erschöpfender Nutzung der Ausbildungs-
kapazität;"

Begründung:

§ 7 a des Entwurfs des HG führt u.a. die Ausnahmen von
der Besetzungssperre für den Einzelplan 06 auf. Dort ist eine
Änderung erforderlich, die klarstellt, daß ebenso wie bei den
Fachhochschulen auch der nichtwissenschaftliche Dienst in
ausgelasteten Fächern bei den wissenschaftlichen Hoch-
schulen von der Besetzungssperre ausgenommen ist.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat die
Änderung in der Sitzung am 28.11.1991 einstimmig be-
schlossen.

ALLG/1

Die stellenplanmäßige Veränderung der Arbeiterstellen aufgrund des neuen Tarifvertrages (Vorlage 11/821) wird zur Kenntnis genommen. Die dort dargestellten Stellen sind Bestandteil des Haushalts.

Begründung:

Die von der Landesregierung dargestellten Veränderungen der Stellen für Arbeiter sind im Rahmen der Beratungen der Einzelpläne berücksichtigt worden.

Es handelt sich ausschließlich um Änderungen der Stellenübersichten für Arbeiter aufgrund des Änderungstarifvertrages Nr. 11 vom 22.3.1991 zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MBl.NW. 1991 S. 597)

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

ALLG/2

Der Unterausschuß beabsichtigt, sich mit dem Problem der Mischarbeitsplätze für Angestellte zu befassen.

Er bittet die Landesregierung daher, den abschließenden Bericht der Arbeitsgruppe, die aus Mitarbeitern des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr und des Ministeriums für Bauen und Wohnen gebildet worden ist, vorzulegen.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Begründung:

Im Rahmen der Beratungen wurde aus dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr mitgeteilt, daß für Angestellte Mischarbeitsplätze eingerichtet worden sind. Da auch die Berufsverbände dieses Thema aufgegriffen haben, wird sich der Unterausschuß im nächsten Jahr - nach Abschluß der Tarifverhandlungen zum Schreibdienst - grundsätzlich mit dem Problem der Mischarbeitsplätze für Angestellte beschäftigen.

ALLG/3

Der Unterausschuß "Personal" wird sich anlässlich der Haushaltsberatungen 1993 mit dem weiteren Verfahren hinsichtlich der 1992 global ausgewiesenen kw-Vermerke beschäftigen.

einstimmig angenommen**SPD ja****CDU ja****F.D.P. ja****GRÜNE ja****Begründung:**

Im Haushaltsplan 1992 sind im Umfang der neu eingerichteten Stellen (mit einigen Ausnahmen) kw-Vermerke zum 31.12.1992 ausgewiesen. Ferner wurde auch im Umfang der Stellen aus dem Haushalt 1991, bei denen kw-Vermerke zum 31.12.1991 nicht realisiert worden sind, ebenfalls kw-Vermerke zum 31.12.1992 ausgewiesen. In beiden Fällen wurden die kw-Vermerke (mit Ausnahme der Einzelpläne 01 und 09) jeweils in den Kapiteln 020 global veranschlagt. Es bestand im Unterausschuß "Personal" Einvernehmen, daß diese zentrale Darstellungweise in Kapiteln, die üblicherweise über keine Stellen verfügen, nicht unproblematisch ist. Der Unterausschuß "Personal" wird sich daher anlässlich der Haushaltsberatungen 1993 mit dem Verbleib der kw-Vermerke beschäftigen.

Einzelplanübergreifend

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

ALLG/4

Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß bei künftigen Haushaltsplanberatungen Zugänge, Veränderungen, Absetzungen sowie materielle Fristverlängerungen von kw-Vermerken in den Erläuterungen erkennbar werden.

Begründung:

Der Haushaltsentwurf 1992 enthält eine Vielzahl von Änderungen bei kw-Vermerken. Ein Vergleich mit dem Haushaltsplan 1991 wird durch die Darstellungsweise im Entwurf 1992 erheblich erschwert.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

ALLG/5

Die Landesregierung wird gebeten, sicherzustellen, daß Organisationsuntersuchungen ausschließlich durch den

Arbeitsstab "Aufgabenkritik"

beim Finanzministerium

in Abstimmung mit dem jeweiligen Ressort vergeben werden.

Begründung:

Die Mittel für die Organisationsuntersuchungen sind zwar zentral in der Titelgruppe 60 bei Kapitel 12 010 ausgewiesen, die Vergabe der Gutsichten erfolgt jedoch dezentral durch die Ressorts, jeweils in Abstimmung mit dem Arbeitsstab.

Künftig soll die Vergabe durch den Arbeitsstab in Abstimmung mit den Ressorts erfolgen.

SPD

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	Enthaltung
GRÜNE	Enthaltung

Einzelplanübergreifend

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

ALLG/6

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

In den Ministerien (einschließlich Staatskanzlei) des Landes werden 220 Planstellen und Stellen gestrichen bzw., soweit sie besetzt sind, mit einem kw-Vermerk versehen.

Begründung:

5 % der Stellen in der Ministerialverwaltung machen rund 220 Stellen aus. Allein für 1992 werden 39 zusätzliche Stellen beantragt (davon 9 für die Staatskanzlei).

Die Ausweitung des Personals der Ministerien ist sachlich nicht zu vertreten. Dies ergibt sich schon aus der Bestandsaufnahme des Landesrechnungshofes (Vorlage 11/343).

Darüber hinaus ist auf folgendes beispielhaft hinzuweisen:

Allein der durch die Trennung des ehemaligen MSWV bedingte zusätzliche langfristige Personalaufwand (ohne Pensionslasten) für rd. 70 zusätzliche Stellen wird geschätzt auf rd. 240 Mio DM. Hiermit könnten im dritten Förderweg rd. 4000 zusätzliche Wohnungen gefördert werden. Allein mit den Bezügen des Ministers bzw. der Ministerin und eines Staatssekretärs für 5 Jahre - Legislaturperiode - könnten rd. 40 zusätzliche Wohnungen gefördert werden.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung sind zahlreiche Aufgaben vom Wirtschaftsministerium auf die Investitionsbank/WestLB übergegangen. Im Einzelplan 08 (Kapitel 08 010) könnten daher mindestens 20 Stellen abgesetzt werden.

ALLG/7

Der Unterausschuß "Personal" beabsichtigt,
sich im Laufe des nächsten Jahres mit

- der Veranschlagung und
- der Buchung

der Mittel für Aushilfskräfte zu befassen.

Er bittet die Landesregierung daher, ihm eine
Beratungsunterlage vorzulegen, aus der u.a.

- die seit dem Rechnungsjahr 1988 veranschlag-
- ten und
- die seit dem Rechnungsjahr 1988 verausgab-
- ten

Mittel hervorgehen.

Begründung:

Die Ist-Ausgaben bei den für Aushilfen etatisierten Mitteln
übersteigen in einer Vielzahl von Einzelveranschlagungen die
Ansätze.

Diese Tatsache ist im Hinblick auf die Grundsätze der Haus-
haltklarheit und Haushaltswahrheit zu überprüfen.

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Landtag**01/1****Kapitel 01 010 - Landtag
Titel 422 10, Titel 425 10****einstimmig angenommen****SPD ja****CDU ja****F.D.P. ja****GRÜNE ja**

**a) Wegfall von kw-Vermerken und
Ausweisung von qualifizierten Sperrvermerken
an folgenden Stellen**

1 Stelle Bes.Gr. A 13 gD**2 Stellen Verg.Gr. III/IV a BAT
(DA 01)****2 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT
(DA 02)****1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII BAT
(DA 02)****1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII BAT
(DA 02)**

**b) Der Unterausschuß erwartet, daß vor einer
Freigabe der 7 neuen Stellen dem Unterausschuß
ein Gesamtkonzept zur Funktions- und Stellen-
bewertung der Landtagsverwaltung vorgelegt
wird.**

Landtag

Begründung:

Die Präsidentin des Landtags hat um den Wegfall der kw-Vermerke gebeten.

Zunächst sind die kw-Vermerke - anders als bei den übrigen Ressorts - unmittelbar an den neuen Stellen ausgebracht worden. Aber auch eine globale Ausweisung der kw-Vermerke würde in dem "kleinen" Einzelplan 01 ohne nachgeordneten Bereich eine Besetzung der neuen Stellen unmöglich machen, da die kw-Vermerke nicht - wie bei anderen Ressorts - an anderer Stelle erwirtschaftet werden können.

Die Beibehaltung der kw-Vermerke würde unter Berücksichtigung der 9-monatigen Stellenbesetzungssperre bzw. der üblichen Dauer von Besetzungsverfahren einer Nicht-Etatisierung der Stellen gleichkommen.

Der Hauptausschuß hat hierzu keine Empfehlung abgegeben. Er war der Ansicht, daß die Entscheidung im Unterausschuß getroffen werden sollte.

Einzelplan 01

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

Landtag

01/2

SPD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 01 010 - Landtag

Titel 422 10, Titel 425 10

Umwandlung einer Stelle durch

Zugang von Planstellen

1 Stelle Bes.Gr. A 13 gD

Abgang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. III/IV a BAT (DA 01)

Begründung:

Eine Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung, die in die Verg.Gr. III BAT eingestuft ist, scheidet im Laufe des Jahres 1992 aus. Um die Nachbesetzung sowohl für Angestellte als auch für Beamte offenzuhalten, soll die Stelle umgewandelt werden.

Der Hauptausschuß hat der Umwandlung am 21.11.1991 bei Enthaltung der GRÜNEN einstimmig zugestimmt.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 01

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Einzelplan 02

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerpräsident und Staatskanzlei

02/1

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staats-
kanzlei

SPD

einstimmig angenommen

Titel 422 10, Titel 425 10

SPD ja

CDU ja

F.D.P. Enthaltung

GRÜNE Enthaltung

Umwandlung einer Stelle durch

Abgang von Planstellen

1 Stelle Bes.Gr. A 16

- kw-Einsparung - aus 1985 für die Landes-
zentrale für politische Bildung

Zugang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. a.T. (vergleichbar B 2)

(DA 01)

- kw-Einsparung - aus 1985 für die Lan-
deszentrale f. politische Bildung

Begründung:

Auf der Stelle der Bes.Gr. A 16 wird eine Angestellte der Verg.Gr. I BAT geführt. Aus Gründen der Gleichbehandlung ist eine Höhergruppierung nach Verg.Gr. a.T. (vergleichbar B 2) geboten. Hierzu soll die Stelle umgewandelt und gleichzeitig gehoben werden.

Einzelplan 02

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerpräsident und Staatskanzlei

02/2

SPD

angenommen

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staats-
kanzlei

SPD ja

CDU ja

F.D.P. Enthaltung

GRÜNE nein

Titel 425 10

Hebung einer Stelle durch

Abgang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. I BAT (DA 01)

Zugang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. a.T. (vergleichbar B 2)

(DA 01)

Begründung:

Mit der Stellenhebung soll eine aus Gründen der Gleichbe-
handlung gebotene Höhergruppierung ermöglicht werden.

02/3

einstimmig angenommen

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staats-
kanzlei

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Titelgruppe 79, Titel 425 79

Abgang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. III/IV a BAT (DA 01)

2 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT (DA 03)

Begründung:

Die Staatskanzlei hat in der Sitzung des Unterausschusses
am 21.11.1991 ausgeführt, daß die Stellen entbehrlich sind
und abgesetzt werden können.

Einzelplan 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

02/4

SPD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 02 030 - Europaangelegenheiten

Titelgruppe 60, Titel 422 60

Zugang von Planstellen

1 Stelle Bes.Gr. A 13 gD

Abgang von Hilfsstellen

1 Stelle für abg. Beamte Bes.Gr. A 13 gD

Begründung:

Ein Mitarbeiter des Landesbeauftragten für den Datenschutz, der für den Einsatz im Verbindungsbüro Brüssel in die Staatskanzlei abgeordnet ist, soll in die Staatskanzlei versetzt werden. Hierzu ist die Umwandlung der Stelle für beamtete Hilfskräfte in eine Planstelle notwendig. Die Stelle Bes.Gr. A 13 gD ohne Besoldungsaufwand im Epl. 03 kann gleichzeitig entfallen.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 02

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 03

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Innenministerium

03/1

Kapitel 03 010 - Innenministerium

Die Landesregierung wird gebeten, zur Notwendigkeit der dreigeteilten Zuständigkeit hinsichtlich verfassungsgerichtlicher Verfahren schriftlich Stellung zu nehmen.

Begründung:

Verfassungrechtliche Verfahren liegen gleichzeitig in der Zuständigkeit der Staatskanzlei, des Justizministeriums und des Innenministeriums. Das Innenministerium sollte darlegen, wieso eine dreigeteilte Zuständigkeit notwendig ist.

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

03/2

Kapitel 03 010 - Innenministerium

Das Innenministerium wird gebeten, zur organisatorischen Trennung zwischen "Organisation" und "Personal" im Ministerium schriftlich Stellung zu nehmen.

Begründung:

Die Aufgaben der Organisation und der Personalbearbeitung werden in den meisten Ressorts gemeinsam in einer Abteilung wahrgenommen. Im Innenministerium werden demgegenüber die Personalien der allgemeinen Verwaltung in der Abteilung II, die Personalien der Polizei in der Abteilung IV und die Organisationsmaßnahmen in der Abteilung V bearbeitet. Der Ausschuß bittet hierzu um einen Bericht.

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Einzelplan 03

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

Innenministerium

03/3

SPD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen

Titel 422 10

Zugang von Planstellen

5 Stellen Bes.Gr. A 13 hD - RR -

Abgang von Planstellen

3 Stellen Bes.Gr. A 9 -PHM/KHM-

3 Stellen Bes.Gr. A 8 -POM-

1 Stelle Bes.Gr. A 7/A 6 -PM/PHW-

Begründung:

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat am 21.11.1991 - bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion - einstimmig beschlossen, die Stellen umzuwandeln.

Derzeit sind 5 Planstellen des höheren Polizeivollzugsdienstes mit Beamten anderer Laufbahnen besetzt. Die Stellen werden jedoch für den Polizeivollzugsdienst benötigt. Durch die Umwandlung von Planstellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes in Planstellen des höheren Verwaltungsdienstes können die Beamten anderer Laufbahnen stellenplanmäßig umgesetzt werden und die Stellen für den Polizeivollzugsdienst freimachen.

Durch die Umwandlung von 7 Stellen des mittleren Dienstes in 5 Stellen des höheren Dienstes ist die Maßnahme kostenneutral.

Einzelplan 03

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Innenministerium

03/4

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen

SPD ja

CDU ja

Titel 425 10

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Verlängerung von kw-Vermerken zum

31.12.1992 um 1 Jahr auf den 31.12.1993 an

3 Stellen Verg.Gr. IV b/V b BAT (DA 06)

2 Stellen Verg.Gr. V b BAT (DA 06)

5 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT (DA 02)

5 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT (DA 07)

5 Stellen Verg.Gr. V c BAT (DA 06)

18 Stellen Verg.Gr. V c/VI b BAT (DA 06)

15 Stellen Verg.Gr. V c/VI b BAT (DA 07)

18 Stellen Verg.Gr. VI b/VII BAT (DA 02)

2 Stellen Verg.Gr. VI b/VII BAT (DA 06)

10 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT (DA 03)

83 Stellen insgesamt

Begründung:

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat am 21.11.1991 - bei Enthaltung der F.D.P. und der GRÜNEN - einstimmig beschlossen, die kw-Vermerke zu verlängern.

Die Stellen waren 1989 zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes zusätzlich eingerichtet und mit kw-Vermerk zum 31.12.1992 versehen worden. 1990 wurden weitere 293 Stellen mit kw-Vermerk zum 31.12.1993 eingerichtet. Mit der Verlängerung der kw-Vermerke an den 83 zuerst eingerichteten Stellen sind nunmehr alle kw-Vermerke einheitlich ausgewiesen.

Innenministerium**03/5****Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen**

Das Innenministerium wird gebeten, den Unterausschuß "Personal" über die Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens zur Funktionsbewertung in der Polizei fortlaufend zu informieren.

Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf 1992 konnten die Ergebnisse des Gutachtens noch nicht berücksichtigt werden. Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat am 28.11.1991 bei Enthaltung der F.D.P. und der GRÜNEN einstimmig beschlossen, zunächst 1000 Planstellen Bes.Gr. A 9 gD mit qualifiziertem Sperrvermerk einzurichten. Der Unterausschuß "Personal" will sich rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen 1993 mit den weiteren haushaltsrelevanten Auswirkungen des Gutachtens beschäftigen.

einstimmig angenommen**SPD ja****CDU ja****F.D.P. ja****GRÜNE ja**

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

03/6

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. Enthaltung

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden u. Polizeieinrichtungen

Titel 422 10

a) Ansatzerhöhung

von 2 246 311 400 DM

um 30 000 000 DM

auf 2 276 311 400 DM

b) Ausweisung eines Haushaltsvermerks, wonach der Finanzminister ermächtigt ist, Planstellen der Bes.Gr. A 6 bis A 9 m.Z.m.D. im Rahmen eines vom Landtag zu genehmigenden Plans "Umsetzung Funktionsbewertung" bis max. A 10 gD anzuheben.

Begründung:

Mit dem Antrag soll der erste Schritt zur Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens ermöglicht werden.

Einzelplan 03

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Innenministerium

03/7

SPD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen

Titel 422 10

Zugang von Planstellen

1000 Stellen Bes.Gr. A 9 gD -PK/KK

Zugang von Sperrvermerken bei Bes.Gr. A 9 gD

"1000 Stellen sind gesperrt. Sie dürfen nur mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags besetzt werden."

Begründung:

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat am 28.11.1991 bei Enthaltung der F.D.P. und der GRÜNEN einstimmig beschlossen, die 1000 Stellen mit qualifiziertem Sperrvermerk einzurichten. Als Begründung wird ausgeführt:

Die Umsetzung des Gutachtens zur Funktionsbewertung erfordert eine Verstärkung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Mit der Schaffung von 1000 zusätzlichen Planstellen im gehobenen Dienst wird ein erster Schritt zur Umsetzung gemacht.

Damit sollen gleichzeitig folgende Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden:

- a) rd. 1000 Beförderungen von A 7 nach A 8
- b) rd. 1000 Beförderungen von A 8 nach A 9.

Einzelplan 03

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

Innenministerium

03/8

CDU

abgelehnt

SPD **nein**

CDU **ja**

F.D.P. **Enthaltung**

GRÜNE **Enthaltung**

**Kapitel 03 110 - Polizeibehörden u. Polizeiein-
richtungen**

Titel 422 20

Zugang von Anwärterstellen

750 Stellen PHW-Anwäter/innen

Begründung:

Die zusätzlichen Anwärterstellen sollen den Polizeidienst
verstärken.

03/9

angenommen

SPD **ja**

CDU **nein**

F.D.P. **Enthaltung**

GRÜNE **Enthaltung**

Kapitel 03 310 - Regierungspräsidenten

Titel 422 10

Zugang von Planstellen

2 Stellen Bes.Gr. A 11 - RA/RAF -

Begründung:

Die Ergänzungsvorlage sieht 2 zusätzliche Planstellen der
Bes.Gr. A 11 für das Kap. 14 010 vor. In der Sitzung des
Unterausschusses am 27.11.1991 haben die Vertreter des
Ministeriums für Bauen und Wohnen ausgeführt, daß die
Ausweisung der Stellen nicht im Einzelplan 14, sondern im
Einzelplan 03 bei Kap. 03 310 erfolgen soll. Das Innenmini-
sterium hat sich in der Sitzung am 2.12.1991 mit der Ver-
lagerung der beiden Stellen einverstanden erklärt.

Einzelplan 03

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Innenministerium

03/10

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE nein

Kapitel 03 310 - Regierungspräsidenten

Ausbringung eines Haushaltsvermerks zu den
Personalausgaben mit folgendem Inhalt:

"15 Stellen des Kapitels 03 310 sind kw
zum 31.12.1992."

Begründung:

Die kw-Vermerke, die sich auf die Vorprüfungstellen bei
den Regierungspräsidenten beziehen sollen, dienen der
Deckung des Zugangs von 15 Stellen bei verschiedenen
Kapiteln des Einzelplans.

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

03/11

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. Enthaltung

GRÜNE ja

Kapitel 03 310 - Regierungspräsidenten

Kapitel 03 820 - Landesrentenbehörde

Titel 422 10, Titel 425 10

Zugang von Planstellen und Angestelltenstellen

im Kapitel 03 310

1 Planstelle Bes.Gr. A 8

9 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT

gegen

Zugang von kw-Vermerken an folgenden Stellen

des Kapitels 03 820:

jeweils "kw zum 31.12.1992"

1 Stelle Bes.Gr. A 8

1 Stelle Verg.Gr. IV a BAT

7 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT

1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII BAT

Begründung:

Das zusätzliche Personal wird für die Beihilfesachbearbeitung bei den Regierungspräsidenten benötigt.

Einzelplan 03

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Innenministerium

03/12

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung
Titel 422 10

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Zugang von Planstellen

- 4 Stellen Bes.Gr. C 3 -Professor/Professorin-
- 4 Stellen Bes.Gr. C 2 -Professor/Professorin-
- 4 Stellen Bes.Gr. A 15 - RD/RD'in -
- 4 Stellen Bes.Gr. A 14 - ORR/ORR'in -

(gegen Absetzung von 16 Stellen bei der Fi-
nanzbauverwaltung)

Begründung:

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat am 21.11.1991 -
bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion - einstimmig beschlossen,
die 16 Stellen zusätzlich einzurichten. Hiermit soll der Anteil
an hauptamtlichen Lehrkräften in der Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung erhöht werden.

Als Ausgleich sollen 16 Stellen bei der Finanzbauverwaltung
abgesetzt werden. Das für die Finanzbauverwaltung zustän-
dige Ministerium für Bauen und Wohnen hat in der Sitzung
des Unterausschusses am 27.11.1991 mitgeteilt, daß eine
Absetzung der Stellen aus Sicht des Ressorts nicht vertret-
bar sei.

Einzelplan 03

Innenministerium

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

03/13

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Titelgruppe 79, Titel 425 79

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Zugang von Angestelltenstellen mit kw-Vermerken

1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT (DA 01)

2 Stellen Verg.Gr. IV a/IV b BAT (DA 01)

jeweils

"kw zum 31.12.1993"

Begründung:

Beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW wird zusätzliches Personal benötigt, um Programme zur Abwicklung der Besoldung und Versorgung der Beamten des Landes Brandenburg zu erstellen.

03/14

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 03 630 - Landesbeauftragter für den Datenschutz

Titel 422 10

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Abgang von Planstellen

1 Stelle Bes.Gr. A 13 gD - ohne Besoldungsaufwand -

Einzelplan 03

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Innenministerium

Begründung:

Ein Mitarbeiter des Landesbeauftragten für den Datenschutz, der für den Einsatz im Verbindungsbüro Brüssel in die Staatskanzlei abgeordnet ist, soll versetzt werden. Die Stelle für abgeordnete Beamte im Epl. 02 wird in eine Planstelle umgewandelt. Die Stelle Bes.Gr. A 13 gD ohne Besoldungsaufwand im Einzelplan 03 kann gleichzeitig entfallen.

03/15

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 03 820 - Landesrentenbehörde

Das Innenministerium wird gebeten, vor der Osterpause zu der weiteren Entwicklung des Aufgabenbestandes und des Stellenbedarfs in der Landesrentenbehörde schriftlich Stellung zu nehmen.

Begründung:

Der Aufgabenbestand der Landesrentenbehörde ist rückläufig. Der Unterausschuß beabsichtigt, sich mit dem künftigen Stellenbedarf zu beschäftigen.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 03

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Justizministerium

04/1

Die Ausbringung der Planstellen wird entsprechend der Anlage 2 zu Vorlage 11/880 verändert.

Begründung:

Der Haushaltsentwurf 1992 beinhaltet nicht die unter Berücksichtigung der dreijährigen Phasenverschiebung mögliche Schlüsselung der Planstellen. Die sich nach diesen Kriterien ergebenden Stellenhebungen sind aus der Anlage 2 zu Vorlage 11/880 ersichtlich.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

04/2

Der Justizminister wird gebeten, zu gegebener Zeit über den Stand der Einführung von ADV-Verfahren und der Umsetzung des Gutachtens der Technischen Akademie Wuppertal zu berichten.

Begründung:

Aus dem vorgelegten Gutachten der technischen Akademie Wuppertal geht u.a. hervor, daß einige im Ressort entwickelte ADV-Verfahren verbesserungsbedürftig sind. Diese Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Einzelplan 04

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Justizministerium

04/3

Der Unterausschuß nimmt zur Kenntnis, daß das Justizministerium die Bitte, die Belastungen im Geschäftsbereich der Justiz darzustellen, noch nicht erfüllen konnte. Er geht davon aus, daß die erbetenen Unterlagen Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden.

Begründung:

Der Beschluß aus den Haushaltsberatungen 1991 wird bekräftigt und zeitlich festgelegt.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

04/4

Der Unterausschuß nimmt zur Kenntnis, daß das WIBERA-Gutachten für den Justizvollzug sowie die Ergebnisse des daraus entwickelten Echt-Versuchs in die JVA Werl erst Anfang kommenden Jahres vorgelegt werden können.

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 1991 hatte der Unterausschuß "Personal" gebeten, über das o.g. Thema zu berichten. Das Justizministerium teilte mit, daß die Ergebnisse Anfang kommenden Jahres vorgelegt werden können.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Einzelplan 04

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

Justizministerium

04/5

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwalt-
schaften

Titel 422 79

Zugang von Hilfsstellen

18 Stellen Bes.Gr. R 1 z.A.
für Richter

13 Stellen Bes.Gr. R 1 z.A.
für Staatsanwälte

31 Stellen insgesamt

Begründung:

Im Rahmen der Sitzung des Unterausschusses am 27.11.1991 hat das Ressort einen erhöhten Bedarf von Stellen für Hilfen an die neuen Bundesländer mitgeteilt. In der Sitzung des Unterausschusses am 2.12.1991 wurde der Antrag des Finanzministeriums (Vorlage 11/944), zusätzliche Stellen im Vollzug des Haushalts 1991 einzurichten, einstimmig angenommen. Der Haushaltsentwurf 1992 ist an diese Beschlüsse anzupassen.

04/6

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 04 060 - Aus- u. Fortbildungseinrichtun-
gen der Justizverwaltung

Die Landesregierung wird gebeten, einen Situa-
tionsbericht hinsichtlich der Belastung und Ka-
pazität der Fachhochschule für Rechtspflege
vorzulegen.

Einzelplan 04

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Justizministerium

04/7

Kapitel 04 070 - Verwaltungsgerichtsbarkeit
Kapitel 04 080 - Finanzgerichtsbarkeit

Der Justizminister wird gebeten, den Stand der
Entwicklungen einheitlicher Personalbedarfsbe-
rechnungen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit
und die Finanzgerichtsbarkeit darzustellen.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

04/8

Kapitel 04 070 - Gerichte der allgemeinen
Verwaltungsgerichtsbarkeit
Titel 422 10

Zugang von Planstellen
3 Stellen Bes.Gr. R 2
9 Stellen Bes.Gr. R 1
12 Stellen neu insgesamt

Die Stellen sind gesperrt. Die Besetzung dieser
Stellen bedarf der Einwilligung des Haushalts-
und Finanzausschusses.

SPD

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	1 Enthaltung
	1 ja
F.D.P.	Enthaltung
GRÜNE	Enthaltung

Justizministerium**Begründung:**

Der Rechtsausschuß hat die o.g. Personalvermehrung einstimmig empfohlen.

Die antragstellende SPD-Fraktion verwies zur Begründung auf die parteiübergreifenden Vereinbarungen zur Asylpolitik vom 10.10.1991. Die Umsetzung dieser Vereinbarung habe voraussichtlich noch weitreichendere Auswirkungen. Dennoch sei hier in einem ersten Schritt eine Stellenvermehrung im Zusammenhang mit der angestrebten Beschleunigung der Asylverfahren notwendig.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Vorlage 11/888 hingewiesen.

04/9

Kapitel 04 070 - Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit
Titel 425 10

SPD**einstimmig angenommen****SPD ja****CDU ja****F.D.P. Enthaltung****GRÜNE Enthaltung**

Zugang von Angestelltenstellen:

3 Stellen Verg.Gr. VI b BAT (DA 01)

9 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT (DA 02)

12 Stellen insgesamt

Die Stellen sind gesperrt. Die Besetzung der Stellen bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.

Begründung:

Es handelt sich ebenfalls um einen einstimmig angenommenen Antrag des Rechtsausschusses. Zur Begründung wird auf Nr. 04/8 hingewiesen.

Einzelplan 04

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Justizministerium

04/10

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 04 070 - Gerichte der allg. Verwaltungs-
gerichtsbarkeit

Titel 422 10

Die bei 6 Stellen der Bes.Gr. R 1 veranschlagten
qualifizierten Sperrvermerke entfallen.

Begründung:

Von den mit dem Haushaltsplan 1991 neu veranschlagten -
qualifiziert gesperrten - Stellen sind 6 Stellen der Bes.Gr. R 1
freigegeben worden. Der Haushaltsentwurf 1992 ist an
diese Beschluslage anzupassen.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 04

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 05

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Kultusministerium

05/1

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE nein

Über folgende Empfehlung der Arbeitsgruppe
"Förderung von ausländischen Jugendlichen und
Aussiedlerkindern" wird zum jetzigen Zeitpunkt
nicht beraten:

Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam

Titel 422 10

Zugang von Planstellen

4 Stellen Bes.Gr. A 12

4 Stellen Bes.Gr. A 13

Begründung:

Die Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern" hat auf Antrag der SPD die Änderung am 18.10.1991 empfohlen.

Mit den zusätzlichen Stellen ist die Errichtung weiterer regionaler Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher vorgesehen.

Die Beratung soll im Rahmen eines zu erwartenden Nachtragshaushalts im Jahr 1992 erfolgen.

Einzelplan 05

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

Kultusministerium

05/2

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE nein

Über folgenden Antrag der Fraktion "DIE GRÜNEN" wird nicht beraten:

Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam
Titel 422 10

GRÜNE

Zugang von Planstellen

4 Stellen Bes.Gr. A 12

4 Stellen Bes.Gr. A 13

Begründung:

Die Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern" hat auf Antrag der SPD die Änderung am 18.10.1991 empfohlen.

Mit den zusätzlichen Stellen ist die Errichtung weiterer regionaler Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher vorgesehen.

Einzelplan 05

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Kultusministerium

05/3

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam

Titel 422 10

Zugang von Planstellen

10 Stellen Bes.Gr. A 12

10 Stellen Bes.Gr. A 13

Begründung:

Mit den zusätzlichen Stellen ist die Errichtung weiterer regionaler Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher vorgesehen.

05/4

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam

Titel 422 10, 425 10

Zugang von Lehrerstellen

8300 Stellen

mit einem Volumen von 186 Mio DM

Begründung:

Verbesserung der Personalausstattung in den Schulen

Einzelplan 05

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Kultusministerium

05/5

F.D.P.

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 05 330 - Öffentliche Realschulen

Kapitel 05 010 - Kultusministerium

Titel 422 10

Umsetzung einer Leerstelle durch

Zugang im Kapitel 05 330

1 Leerstelle Bes.Gr. A 15

Abgang im Kapitel 05 010

1 Leerstelle Bes.Gr. A 15

Begründung:

Die Umsetzung einer Leerstelle der Bes.Gr. A 15 in das Kapitel der öffentlichen Realschulen soll erfolgen, um einen für eine Tätigkeit bei der F.D.P.-Landtagefraktion beurlaubten Beamten in das Amt des Realschulrektors befördern zu können.

Einzelplan 05

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Kultusministerium

05/6

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE nein

Über folgende Empfehlung der Arbeitsgruppe
"Förderung von ausländischen Jugendlichen und
Aussiedlerkindern" wird zum jetzigen Zeitpunkt
nicht beraten:

Kapitel 05 330 - Öffentliche Realschulen

Einführung einer Zuschlagsrelation von 60 : 1
zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für
schulpflichtige ausländische Schüler und Spät-
aussiedler

Begründung:

Die Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugend-
lichen und Aussiedlerkindern" hat auf Antrag der SPD die
Änderung am 18.10.1991 empfohlen.

Die Beratung soll im Rahmen eines zu erwartenden Nach-
tragehaushalt im Jahre 1992 erfolgen.

Einzelplan 05

Kultusministerium

Antrag der Fraktion

Abstimmungsergebnis im Unterausschuß

05/7

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Kapitel 05 330 - Öffentliche Realschulen

Einführung einer Zuschlagsrelation von 59 : 1
zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für
schulpflichtige ausländische Schüler und Spät-
aussiedler.

Begründung:

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat den Antrag in Anlehnung an
die Empfehlung der Arbeitsgruppe "Förderung von ausländi-
schen Jugendlichen und Aussiedlerkindern" gestellt.

05/8

SPD

angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE nein

Über folgende Empfehlung der Arbeitsgruppe
"Förderung von ausländischen Jugendlichen und
Aussiedlerkindern" wird zum jetzigen Zeitpunkt
nicht beraten:

Kapitel 05 340 - Öffentliche Gymnasien

Einführung einer Zuschlagsrelation von 60 : 1
zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für
schulpflichtige ausländische Schüler und Spät-
aussiedler.

Begründung:

Die Arbeitsgruppe "Förderung von ausländischen Jugend-
lichen und Aussiedlerkindern" hat auf Antrag der SPD die
Änderung am 18.10.1991 empfohlen.

Die Beratung soll im Rahmen eines zu erwartenden Nach-
tragshaushalt im Jahre 1992 erfolgen.

Einzelplan 05

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Kultusministerium

05/9

GRÜNE

abgelehnt

Kapitel 05 340 - Öffentliche Gymnasien

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Einführung einer Zuschlagsrelation von 59 : 1
zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für
schulpflichtige ausländische Schüler und Spät-
aussiedler.

Begründung:

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat den Antrag in Anlehnung an
die Empfehlung der Arbeitsgruppe "Förderung von aus-
ländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern" gestellt.

Hinweis:

Der Ausschuß für "Schule und Weiterbildung"
wird sich erst am 4.12.1991 abschließend mit
dem Einzelplan beschäftigen.

Die Beratungsergebnisse des Fachausschusses
konnten daher noch nicht berücksichtigt wer-
den.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 05

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/1

SPD

angenommen

Kapitel 06 023 - Sicherung der Leistungsfähigkeit von Hochschulen und Forschung in den 90er Jahren
Titel 425 10

SPD	ja
CDU	nein
F.D.P.	Enthaltung
GRÜNE	ja

- a) Verlagerung von 11 Angestelltenstellen der Verg.Gr. I b/II a BAT für die Leiter der Akademischen Auslandsämter der Fachhochschulen der Dienstart 01 (Wissenschaftlicher Dienst in Lehre und Forschung) in die Dienstart 06 (Zentrale Verwaltung).
- b) Die Erläuterungen sind wie folgt zu ergänzen:
"Zu DA 06 - Verg.Gr. I b/II a BAT:
Die Stellen sind für die Leiter der Akademischen Auslandsämter der Fachhochschulen bestimmt."

Hinweis:

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den Antrag am 28.11.1991 mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, bei Enthaltung der F.D.P., angenommen.

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/2

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 06 110 - Hochschulen allgemein
Titelgruppe 64

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Verwendung von 7 zusätzlich auf gekommenen
Planstellen und Stellen gem. Anlage 3a

Hinweis:

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den
Antrag am 28.11.1991 einstimmig angenommen.

06/3

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 06 110 - Hochschulen allgemein
Titelgruppe 65

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Verwendung von 14 im Haushaltsplan ausge-
wiesenen Planstellen, 3 im Haushaltsplan ausge-
wiesenen Angestelltenstellen und 4 weiteren
auf gekommenen Planstellen gem. Vorlage
11/874 (s. Anlage 3b).

Hinweis:

Der Fachausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in
seiner Sitzung am 28.11.1991 den Antrag einstimmig
angenommen.

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/4

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 06 111 - Rheinische Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn
Titel 422 10

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Zugang von Leerstellen

1 Stelle Bes.Gr. C 4 - Universitätsprof. -

Begründung:

Zur Besetzung der Stelle des Leiters der Teileinrichtung "Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ)" bei der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtung in Bonn ist die Einrichtung einer zusätzlichen Leerstelle vorgesehen.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den Antrag in der Sitzung am 28.11.1991 einstimmig angenommen.

06/5

F.D.P.

einstimmig angenommen

Kapitel 06 131 - Universität zu Köln
Titel 422 10

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	Enthaltung

Zugang von Leerstellen

1 Stelle Bes.Gr. A 15 - Akademischer Direktor -

Begründung:

Die Einrichtung der Leerstelle soll die Beförderung eines für die Tätigkeit bei der F.D.P.-Fraktion beurlaubten Beamten ermöglichen.

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/6	SPD	einstimmig angenommen	
		SPD	ja
		CDU	ja
		F.D.P.	ja
		GRÜNE	ja

Kapitel 06 142 - Med. Einrichtungen der Rh.-
Westf. Technischen Hochschule Aachen
Titel 429 00

Umwandlung durch

Zugang von Planstellen

1 Stelle Bes.Gr. C 3 - Universitätsprof. -

Abgang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. I a/II a BAT (Dauerstelle)

- Facharzt -

für einen Herzchirurgen an der Klinik für

Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie

Begründung:

Es entstehen keine höheren Personalkosten, da die Stellen
gleichwertig sind.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in seiner
Sitzung am 28.11.1991 den Antrag einstimmig angenom-
men.

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/7

SPD

einstimmig angenommen

Kapitel 06 160 - Universität Dortmund
Titel 422 10

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Änderung von kw-Vermerke an Stellen der
Bes.Gr. A 11

alt: Davon 3 (3) kw

neu: Davon 1 (3) kw

Davon 2 (-) kw zum 31.12.1993

Begründung:

Diese Änderung wird bis zur Vorlage und Auswertung des Gutachtens zur Überprüfung von 7 Hochschulverwaltungen für erforderlich gehalten.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in seiner Sitzung am 28.11.1991 den Antrag einstimmig angenommen.

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/8

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Über folgende Empfehlung des Ausschusses für
Wissenschaft und Forschung soll erst im Rah-
men der Haushaltsberatungen 1993 entschieden
werden:

Kapitel 06 220 - Universität - GH - Duisburg
Titel 425 10

Hebung von Angestelltenstellen durch
Zugang

1 Stelle Verg.Gr. I BAT

Abgang

1 Stelle Verg.Gr. I a BAT

Begründung:

Die Hebung erfolgt für die Stelle des Leiters des "Instituts
Entwicklung und Frieden" der Universität - GH - Duisburg.
Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in seiner
Sitzung am 28.11.1991 den Antrag mit den Stimmen der
SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der GRÜ-
NEN angenommen.

Der Unterausschuß war der Ansicht, daß die Hebung nicht
ausreichend begründet sei.

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/9	SPD	einstimmig angenommen	
		SPD	ja
		CDU	ja
		F.D.P.	ja
		GRÜNE	Enthaltung

Kapitel 06 260 - Fernuniversität - GH - Hagen
Titel 422 10

- a) Änderung des Haushaltsvermerks zu
Bes.Gr. C 4 - Universitätsprofessor/in -
alt: Davon 8 (8) ku nach Bes.Gr. C 3
- Universitätsprofessor/in -
neu: Davon 8 (8) ku nach Bes.Gr. C 3
- Universitätsprofessor/in -
nach Maßgabe der Eräuterungen

b) In den Erläuterungen ist unterhalb der Tabelle
über die Verteilung der Professorenstellen auf
die Fachbereiche einzusetzen:

"Davon folgende 8 (8) Planstellen Bes.Gr. C 4
ku nach Bes.Gr. C 3 (§ 35 BBesG):

1. FB Rechtswissenschaft

**Strafrecht, Strafprozessrecht, Strafvoll-
zugsrecht**

ku nach C 3 spätestens 31.03.1993

2. Zentr. Einr. "Weiterbildung"

**Methodenlehre des Fernstudiums, Be-
triebssysteme**

ku nach C 3 spätestens 31.03.1995

**Ministerium für Wissenschaft
und Forschung**

3. FB Mathematik

Mathematik/Algebra

ku nach C 3 spätestens 31.03.1998

4. FB Informatik

Technische Informatik

ku nach C 3 spätestens 30.09.1999

5. FB Erziehungswissenschaft

Theorie der Erziehung

ku nach C 3 spätestens 30.09.2001

6. FB Erziehungswissenschaft

Theorie der Schule und des Unterrichts

ku nach C 3 spätestens 30.09.2002

7. FB Wirtschaftswissenschaft

Didaktik der Wirtschaftswissenschaft

ku nach C 3 spätestens 31.03.2003

8. FB Elektronik

Elektronische Schaltungen

ku nach C 3 spätestens 30.09.2004"

Hinweis:

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in seiner Sitzung am 28.11.1991 den Antrag einstimmig angenommen.

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

06/10

SPD

einstimmig angenommen

Verschiedene Kapitel

SPD ja

Titel 425

CDU ja

F.D.P. Enthaltung

GRÜNE ja

Zugang von Angestelltenstellen

jeweils 1 Stelle Verg.Gr. I b/II a BAT (DA 09)
(Chemieingenieur, Abschluß Wissenschaftliche
Hochschule)

bei folgenden Kapiteln:

06 151 - Uni Bochum

06 112 - Medizinische Einrichtungen Bonn

06 122 - Medizinische Einrichtungen Münster

06 132 - Medizinische Einrichtungen Köln

06 142 - Medizinische Einrichtungen Aachen

06 172 - Medizinische Einrichtungen Düsseldorf

06 212 - Medizinische Einrichtungen Essen

jeweils 1 Stelle Verg.Gr. III BAT (DA 09)

(Ingenieur mit Fachhochschulabschluß)

bei folgenden Kapiteln:

06 260 - Fernuni Hagen

06 680 - FH Bielefeld

06 690 - FH Bochum

06 710 - FH Dortmund

06 720 - FH Düsseldorf

06 730 - Märkische FH

06 750 - FH Lippe

06 760 - FH Münster

Einzelplan 06

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Zusätzliche Stellen, um in einer zweiten Rate an den bisher noch nicht bedachten Hochschulen den mit der Gefahrstoff-Verordnung einhergehenden Aufgabenzuwachs bewältigen zu können.

06/11

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 06 151, 06 152 und 06 250

Das Ministerium wird gebeten, in den folgenden Haushaltsjahren über die Entwicklung des Projekts "Hochschule und Finanzautonomie" regelmäßig zu berichten.

Begründung:

Das Projekt "Hochschule und Finanzautonomie" ist ein auf 5 Jahre angelegter Versuch, die Flexibilität der Hochschulen in Bezug auf wirtschaftliche Entscheidungen zu stärken. Das Projekt läuft erstmalig im Haushaltsjahr 1992 an.

Gesamtabstimmung

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

über den Einzelplan 06

Einzelplan 07

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

07/1	SPD	angenommen	
		SPD	ja
		CDU	nein
		F.D.P.	ja
		GRÜNE	Enthaltung

Kapitel 07 010 - Ministerium

Titel 425 10

Zugang einer Angestelltenstelle

1 Stelle Verg.Gr. IV b/V b BAT (DA 01)

Begründung:

Die Stelle wird aus Kapitel 07 330 in das Kapitel 07 010 umgesetzt.

Die Stellenverlagerung ist zur ordnungsgemäßen Aufgaben-erledigung im Sachbereich "Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen (Asylbewerbern)" angesichts des außerordentlich gestiegenen Geschäftsanfalls unbedingt erforderlich.

07/2	SPD	angenommen	
		SPD	ja
		CDU	nein
		F.D.P.	ja
		GRÜNE	Enthaltung

Kapitel 07 010 - Ministerium

Titel 425 10

Zugang einer Angestelltenstelle

1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII BAT (DA 03)

Begründung:

Die Stelle wird aus Kap. 07 330 in das Kap. 07 010 umgesetzt.

Die Stellenverlagerung dient der Verstärkung des Schreibdienstes im Ministerium (das derzeitige Verhältnis der Schreibkräfte zu den Diktatberechtigten beträgt 1 : 7,6 und liegt damit in erheblichem Maße über der Schlüsselzahl).

Einzelplan 07

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

07/3

einstimmig angenommen

Kapitel 07 010 - Ministerium
Titel 427 20

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Absetzung von Mitteln

von 350.000 DM
um - 150.000 DM
auf 200.000 DM.

Begründung:

Auf entsprechende Frage aus dem Unterausschuß "Personal" erläuterte das Ressort, daß auf den abgesetzten Betrag im Hinblick auf die Entwicklung der Ist-Ausgaben und unter Berücksichtigung der im Jahre 1992 zu erwartenden Notwendigkeiten verzichtet werden kann.

07/4

GRÜNE

abgelehnt

Kapitel 07 110 - Gewerbeaufsicht
Titel 422 10

SPD	nein
CDU	nein
F.D.P.	nein
GRÜNE	ja

Zugang von Stellen für Beamte
150 Stellen (10 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung der Gewerbeaufsicht

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

07/5

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Kapitel 07 110 - Gewerbeaufsicht

Titel 425 10

Zugang von Angestelltenstellen

50 Stellen (3 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung in der Gewerbeaufsicht

07/6

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 07 110 - Gewerbeaufsicht

Titel 425 10

Herabstufung einer Angestelltenstelle durch

Abgang

1 Stelle Verg.Gr. V b/V c BAT (DA 03)

Zugang

1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII BAT (DA 02)

Begründung:

Auf entsprechende Frage in der Unterausschuß-Sitzung am
21.11.1991 wurde aus dem MAGS erläutert, bei der Ver-
anschlagung handele es sich um ein redaktionelles Verse-
hen. Das Ressort erklärte sich mit der Herabstufung einver-
standen.

Einzelplan 07

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

07/7

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 07 210 - Landesarbeitsgerichte und
Arbeitsgerichte
Titel 422 10

Herabstufung einer Planstelle durch

Abgang

1 Stelle Bes.Gr. R 3 - VRaLAG -

Zugang

1 Stelle Bes.Gr. R 1 - RaAG -

Wegfall

des ku-Vermerks bei Bes.Gr. R 3 - VRaLAG -

Begründung:

Im Rahmen der Unterausschuß-Sitzung am 21.11.1991
erläuterte das Ressort, die veranschlagte Stellenhebung, die
ohnehin nur für eine befristete Zeit (bis zum 31.12.1993)
vorgesehen war, sei nach der aktuellen Personalplanung
nicht mehr erforderlich. Die Stelle könne daher unter Wegfall
des ku-Vermerks wieder herabgestuft werden.

Einzelplan 07

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

07/8

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 07 330 - Dienststellen der Kriegsopfer-
versorgung

Titel 422 10

Abgang von Leerstellen für Beamte

5 Leerstellen Bes.Gr. A 10

1 Leerstelle Bes.Gr. A 9 gD

2 Leerstellen Bes.Gr. A 8

2 Leerstellen Bes.Gr. A 7

10 Leerstellen insgesamt

Begründung:

Nach den Feststellungen des Gutachterdienstes sind von 70 veranschlagten Leerstellen (Planstellen) nur 50 Stellen besetzt. Im Rahmen der Sitzung des Unterausschusses am 21.11.1991 räumte das Ressort ein, daß 10 Stellen nicht benötigt werden. Die oben dargestellte Aufteilung entspricht der Absprache mit dem Ressort.

Einzelplan 07

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

07/9

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 07 330 - Dienststellen der Kriegsopfer-
versorgung

Titel 422 10 und 425 10

Umwandlung von beamteten Hilfsstellen in An-
gestelltenstellen durch

Abgang von beamteten Hilfsstellen

16 Stellen Bes.Gr. A 9 z.A.

Zugang von Angestelltenstellen

16 Stellen Verg.Gr. IV b/V b BAT (DA 01)

Begründung:

Nach den Feststellungen des Gutachterdienstes sind alle 16
veranschlagten beamteten Hilfsstellen der Bes.Gr. A 9 z.A.
mit Angestellten besetzt. Im Rahmen der Sitzung des Unter-
ausschusses am 21.11.1991 teilte das Ressort mit, daß
gegen die oben dargestellten Stellenumwandlungen keine
Bedenken bestehen.

Einzelplan 07

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

07/10

SPD

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 07 330 - Dienststellen der Kriegsopfer-
versorgung

Titel 425 10

Abgang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. IV b/V b BAT (DA 01)

1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII BAT (DA 03)

Begründung:

Die Stellen werden in das Kapitel 07 010 umgesetzt.

Auf die Begründungen zu 07/1 und 07/2 wird hingewiesen.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 07:

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelman 08

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Wirtschaft, Mit- telstand und Technologie

08/1

Kapitel 08 120 - Geologisches Landesamt Kre-
feld

Titelgruppe 80, Titel 425 80

Das Ministerium wird gebeten, den Unteraus-
schuß "Personal" über die weitere Entwicklung
des Aufgabenbestandes "Bodenzustandserhe-
bung" zu informieren.

Begründung:

Für die Erledigung dieser Aufgaben sieht der Haushaltsplan
5 Stellen in der Titelgruppe 80 mit einer kw-Befristung zum
31.12.1995 vor.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

08/2

Kapitel 08 010 - Ministerium

Titelgruppe 79, Titel 422 10

Abgang von Planstellen

- 1 Stelle Bes.Gr. B 4 - kw 31.12.1992 -
- 1 Stelle Bes.Gr. B 2 - kw 31.12.1992 -
- 2 Stellen Bes.Gr. A 16 - kw 31.12.1993 -
- 2 Stellen Bes.Gr. A 13 gD -kw 31.12.1993 -
- 6 Stellen insgesamt

Begründung:

Das Ressort hat in der Sitzung des Unterausschusses "Per-
sonal" am 21.11.1991 ausgeführt, daß die 6 Stellen ent-
behrlich sind und entfallen können.

einstimmig angenommen

SPD	ja
CDU	ja
F.D.P.	ja
GRÜNE	ja

Einzelplan 08

**Antrag der
Fraktion**

**Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß**

**Ministerium für Wirtschaft, Mit-
telstand und Technologie**

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 08

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 09

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Bundesangele- genheiten

09/1

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 09 010 - Ministerium für Bundesangele-
genheiten

Titel 425 10

Wegfall eines kw-Vermerks an

1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII BAT

Begründung:

Der kw-Vermerk dürfte aus personalwirtschaftlicher Sicht der Zielsetzung entgegenlaufen, die Aufgabenvermehrung im Ministerium durch eine personelle Verstärkung auszugleichen. Das Ministerium wird kaum in der Lage sein, eine qualifizierte Kraft befristet für ein Jahr zu finden. Auch eine Erwirtschaftung des kw-Vermerks an einer anderen Stelle wird bei diesem kleinen Ressort ohne nachgeordneten Bereich kaum möglich sein.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 09

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE Enthaltung

Einzelplan 10

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

10/1

Die Landesregierung wird gebeten, die Organisationsuntersuchung der Gewerbeaufsichtsverwaltung zu gegebener Zeit vorzulegen.

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Begründung:

Der Unterausschuß hat den Bericht der Arbeitsgruppe "Neuorganisation der Gewerbeaufsichtsverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen" am 21.11.1991 beraten. In diesem Zusammenhang wurde aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales mitgeteilt, daß noch in diesem Jahr die von der Arbeitsgruppe empfohlene Organisationsuntersuchung in Auftrag gegeben wird.

10/2

SPD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 10 010 - Ministerium

Titel 422 10

Hebung einer Leerstelle für Beamte durch

Zugang einer Leerstelle

Bes.Gr. A 16

Abgang einer Leerstelle

Bes.Gr. A 15

Begründung:

Leerstellenerhebung zur Sicherstellung der stellenplanmäßigen Voraussetzungen für die Beförderung einer zur Dienstleistung bei der SPD-Landtagsfraktion beurlaubten Beamtin.

Einzelplan 10

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

10/3

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE ja

Kapitel 10 111 - Landesamt für Ernährungswirt-
schaft und Jagd

Titel 537 13

Kürzung von Mitteln

von 250.000 DM

um 20.000 DM

auf 230.000 DM

Titel 099 00

Verminderung der Einnahmen

von 2.770.000 DM

um 20.000 DM

auf 2.750.000 DM

Begründung:

In der Unterausschuß-Sitzung am 21.11.1991 wurde aus dem MURL mitgeteilt, daß eine Angestelltenstelle der Verg.Gr. III BAT aus Kapitel 10 210 in das Kapitel 10 111 umgesetzt worden sei, weil eine Vergabe von Werkverträgen zu einem Einstellungsanspruch geführt habe. Da die Mittel für Werkverträge im Entwurf des Haushalts nur um 40.000 DM gekürzt sind, wird der Ansatz um weitere 20.000 DM vermindert.

Die Einnahmen werden entsprechend angepaßt.

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

10/4

Kapitel 10 210 - Verwaltung für Agrarordnung
Titel 425 10

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. ja

GRÜNE Enthaltung

Herabstufung von Angestelltenstellen durch

Abgang von Angestelltenstellen:

5 Stellen Verg.Gr. III/IV a BAT (DA 01)

25 Stellen Verg.Gr. III BAT (DA 06)

6 Stellen Verg.Gr. IV a BAT (DA 06)

Zugang von Angestelltenstellen:

5 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT (DA 02)

31 Stellen Verg.Gr. V b/V c BAT (DA 06)

Begründung:

Nach den Feststellungen des Gutachterdienstes sind 13 % der Angestelltenstellen unterwertig besetzt. In der Sitzung des Unterausschusses am 21.11.1991 teilte das Ressort auf entsprechende Frage mit, daß gegen eine Herabstufung von bis zu 40 Stellen keine Bedenken bestehen.

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

10/5

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Kapitel 10 220 - Gewerbeaufsichtsämter

Titel 422 10

Zugang von Stellen für Beamte

225 Stellen (15 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung der Gewerbeaufsicht

10/6

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE ja

Kapitel 10 220 - Gewerbeaufsichtsämter

Titel 425 10

Zugang von Angestelltenstellen

130 Stellen (8 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung der Gewerbeaufsicht

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 10

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. nein

GRÜNE nein

Einzelplan 11

**Antrag der
Fraktion**

**Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß**

**Ministerium für die Gleichstellung
von Frau und Mann**

- keine Veränderungen -

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 11

angenommen

SPD

ja

CDU

nein

F.D.P.

nein

GRÜNE

nein

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/1

CDU

einstimmig angenommen

Titelgruppen 79 - Hilfen an die neuen Bundesländer

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Verlängerung aller Befristungen, die an den in den Titelgruppen 79 veranschlagten kw-Vermerken ausgebracht sind, auf den 31.12.1995

Begründung:

Die Verwaltungshilfen in den neuen Ländern sind zur Herstellung einer funktionierenden Steuerverwaltung bis mindestens Ende 1995 erforderlich.

12/2

einstimmig angenommen

Der Unterausschuß "Personal" bittet die Landesregierung, das hinsichtlich der Zusammenlegung der Mittelinstanzen der staatlichen Bauverwaltungen in Auftrag gegebene Gutachten vorzulegen.

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 1991 hatte der Unterausschuß "Personal" einstimmig beschlossen, die Landesregierung um Prüfung einer Zusammenlegung der Dienst- und Fachaufsichten über die Staatshochbau- und Finanzbauämter auf der Ebene der Mittelinstanz zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung vorzulegen.

Mit Vorlage 11/784 des Ministeriums für Bauen und Wohnen wurde mitgeteilt, daß ein verwaltungsunabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben worden sei.

Einzelplan 12

Finanzministerium

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

12/3

GRÜNE

abgelehnt

SPD nein

CDU Enthaltung

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Fi-
nanzämter

Titel 422 10

Zugang von Stellen für Beamte

225 Stellen

(15 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung der Finanzverwaltung.

12/4

CDU

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Fi-
nanzämter

Titel 422 20

Zugang von Anwärterstellen

50 Stellen Steueranwärter Bes.Gr. A 5

Entsprechende Erhöhung der

Einstellungsermächtigungen

Begründung:

Partieller Ausgleich des Fehlbestandes der Steuerbeamten

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/5

CDU

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Fi-
nanzämter

Titel 422 20

Zugang von Anwärterstellen

300 Stellen Finanzanwärter Bes.Gr. A 9

Entsprechende Erhöhung der

Einstellungsermächtigungen

Begründung:

Partieller Ausgleich des Fehlbestandes der Steuerbeamten

12/6

SPD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE Enthaltung

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Fi-
nanzämter

Titel 422 20

Zugang von Anwärterstellen

15 Stellen Finanzanwärter Bes.Gr. A 9

Entsprechende Erhöhung der

Einstellungsermächtigungen

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/7

GRÜNE

abgelehnt

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Fi-
nanzämter
Titel 425 10

SPD	nein
CDU	Enthaltung
F.D.P.	abwesend
GRÜNE	ja

Zugang von Angestelltenstellen
150 Stellen
(10 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung der Finanzverwaltung

12/8

CDU

abgelehnt

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Fi-
nanzämter
Titel 425 10

SPD	nein
CDU	ja
F.D.P.	abwesend
GRÜNE	ja

Abgang von kw-Vermerken
an Stellen Verg.Gr. VI b/VII BAT (DA 02)
90 kw-Vermerke

Begründung:

Die Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung läßt einen Weg-
fall der Angestelltenstellen nicht zu.

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/9

GRÜNE

Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fortbildungs-
einrichtungen

Zugang von Stellen für Beamte
65 Stellen (5 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung der Finanzverwaltung.

abgelehnt

SPD nein

CDU Enthaltung

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

12/10

GRÜNE

Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fortbildungs-
einrichtungen

Zugang von Stellen für Beamte
5 Stellen (Bes.Gr. C 2 und A 15)

Begründung:

Verstärkung der Finanzverwaltung

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/11

GRÜNE

Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen

Titel 425 10

abgelehnt

SPD nein

CDU Enthaltung

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Zugang von Angestelltenstellen

15 Stellen (1 Mio DM)

Begründung:

Verstärkung der Finanzverwaltung

12/12

CDU

Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung

Titel 422 10

abgelehnt

SPD nein

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Zugang von Planstellen

2 Stellen Bes.Gr. C 3

Begründung:

Partieller Ausgleich des Mehrbedarfs an Dozenten an der Fachhochschule für Finanzen.

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/13

CDU

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung

Titel 422 10

Zugang von Planstellen

2 Stellen Bes.Gr. A 15

2 Stellen Bes.Gr. A 13 hD

Abgang von Planstellen

2 Stellen Bes.Gr. A 14

2 Stellen Bes.Gr. A 13 gD

Begründung:

Sachgerechte Ausstattung mit Beförderungsetellen zur Gewinnung von Dozenten und Verwaltungspersonal.

12/14

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Kapitel 12 200 - Landesamt für Besoldung und Versorgung

Das Finanzministerium wird gebeten, dem Unterausschuß das Ergebnis der Organisationsuntersuchung des Landesamtes für Besoldung und Versorgung zu gegebener Zeit vorzulegen.

Begründung:

Im Rahmen der Sitzung des Unterausschusses am 27.11.1991 teilte das Ressort mit, daß die Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen 6 Wochen und mehr betrage. Das Finanzministerium habe daher eine Organisationsuntersuchung des Landesamtes veranlaßt.

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/15

Kapitel 12 200 - Landesamt für Besoldung und
Versorgung

Titel 425 10

Verlagerung von Stellen aus den Kapiteln
12 620 und 12 630

Zugang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. II a/III BAT

1 Stelle Verg.Gr. IV b BAT

1 Stellen Verg.Gr. VI b/VII BAT

3 Stellen insgesamt

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Begründung:

Nach dem Vortrag des Ressorts beträgt die Bearbeitungszeit von Beihilfeanträgen im Landesamt für Besoldung und Versorgung 6 Wochen und mehr.

Im Rahmen der Sitzung des Unterausschusses am 27.11.1991 räumte das Ressort ein, daß die o.g. Stellen, die in den Kapiteln 12 620 und 12 630 nicht besetzt sind, in das Kapitel 12 200 umgesetzt werden können, um die Bearbeitungszeit von Beihilfeanträgen zu reduzieren.

Einzelplan 12

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Finanzministerium

12/16

Kapitel 12 620 - Lastenausgleichsverwaltung
Titel 425 10

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Abgang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. II a/III BAT (DA 01)

Begründung:

Umsetzung freier Stellen in das Kapitel 12 200.

Auf Nr. 12/15 wird hingewiesen.

12/17

Kapitel 12 630 - Heimatauskunftstellen
Titel 425 10

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Abgang von Angestelltenstellen

1 Stelle Verg.Gr. IV b BAT (DA 01)

1 Stelle Verg.Gr. VI b/VII BAT (DA 02)

Begründung:

Umsetzung freier Stellen in das Kapitel 12 200.

Auf Nr. 12/15 wird hingewiesen.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 12

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. abwesend

GRÜNE nein

Einzelplan 13

**Antrag der
Fraktion**

**Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß**

Landesrechnungshof

- keine Veränderungen -

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 13

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Einzelplan 14

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Bauen und Wohnen

14/1

Kapitel 14 010 - Ministerium

Titel 422 10

Abgang von Planstellen

2 Stellen Bes.Gr. A 11 - RA/RAF -

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Begründung:

Die Ergänzungsvorlage sieht 2 zusätzliche Planstellen der Bes.Gr. A 11 für das Kap. 14 010 vor. In der Sitzung des Unterausschusses "Personal" am 27.11.1991 haben die Vertreter des Ministeriums für Bauen und Wohnen ausgeführt, daß die Ausweisung der Stellen nicht im Einzelplan 14, sondern im Einzelplan 03 bei Kap. 03 310 erfolgen soll. Die Vertreter des MM wollten dies zunächst prüfen. Die Landesregierung wird gebeten, für die Sitzung am 2.12.1991 hierzu einheitlich Stellung zu nehmen.

14/2

Kapitel 14 010 - Ministerium

Titel 422 10

Abgang von Hilfsstellen

1 Stelle für abgeordnete Beamte
Bes.Gr. A 13 gD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Begründung:

Das Ressort hat in der Sitzung des Unterausschusses "Personal" am 4.11.1991 mitgeteilt, daß die Stelle für eine beamtete Hilfskraft entbehrlich ist und abgesetzt werden kann.

Einzelplan 14

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Bauen und Wohnen

14/3

Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen

Der Unterausschuß "Personal" nimmt die Ausweisung von 53 zusätzlichen kw-Vermerken bei Kap. 14 020 zur Kenntnis.

Hinweis:

Mit der Ergänzungsvorlage der Landesregierung (Drs. 11/2723) werden 53 kw-Vermerke zu Lasten von Stellen des Kapitels 14 090 global im Kapitel 14 020 ausgewiesen.

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat sich am 27.11.1991 mit der Thematik befaßt und die Ausweisung der kw-Vermerke ebenfalls zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Einzelplan 14

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

Ministerium für Bauen und Wohnen

14/4

SPD

einstimmig angenommen

SPD ja

CDU ja

F.D.P. abwesend

GRÜNE ja

Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen

Ausbringung eines zusätzlichen Haushaltsvermerks Nr. 3 zu den Personalausgaben mit folgendem Inhalt:

"3. 16 Stellen des Kapitels 14 090 sind kw zum 31.12.1992"

Begründung:

Die Veranschlagung der kw-Vermerke dient der Deckung des im Innenausschuß beschlossenen Zugangs von 16 Planstellen bei Kap. 03 350 (s. Vorlage 11/886). Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat in seiner Sitzung am 21.11.1991 beschlossen, für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gelsenkirchen 16 Stellen einzurichten, um den Anteil der hauptamtlichen Lehrkräfte zu erhöhen. Der Ausgleich soll nach dem Beschluß des Ausschusses durch Absetzung von 16 Stellen bei der Finanzbauverwaltung erbracht werden.

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat sich in seiner Sitzung am 27.11.1991 gegen eine Stellenabsetzung ausgesprochen. Der Unterausschuß ist dem Votum des Ausschusses für Innere Verwaltung mit der Ausweisung der kw-Vermerke modifiziert gefolgt.

Gesamtabstimmung

über den Einzelplan 14

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. abwesend

GRÜNE nein

Einzelplan 15
Ministerium für Stadtentwicklung und
Verkehr

Antrag der
Fraktion

Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß

15/1

Kapitel 15 010 - Ministerium

CDU

einstimmig angenommen

Titel 422 10

SPD ja

CDU ja

Änderungen der Erläuterungen zu den

F.D.P. abwesend

Leerstellen

GRÜNE Enthaltung

Die Erläuterungen zu der Leerstelle der Bes.Gr.

A 14 werden geändert

von

"Landtag"

in

"VEBA-Wohnen".

Gesamtabstimmung

angenommen

über den Einzelplan 15

SPD ja

CDU nein

F.D.P. abwesend

GRÜNE nein

Personalhaushalt

**Antrag der
Fraktion**

**Abstimmungsergebnis im
Unterausschuß**

insgesamt

Gesamtabstimmung

über den Personalhaushalt

angenommen

SPD ja

CDU nein

F.D.P. abwesend

GRÜNE nein

BesGr.	Planstellen	Stand nach HHE 1992 und Ergänzungsvorlage	Veränderung durch Schlüsselung	Stand nach Schlüsselung
--------	-------------	--	-----------------------------------	----------------------------

Kapitel 04 040 (Gerichte und Staatsanwaltschaften)

A 15	Regierungsdirektor/ Regierungsdirektorin	18	+ 1	19
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	44	+ 2	46
A 13	Regierungsrat/ Regierungsrätin	29	- 3	26
A 13	Justizoberamtsrat/ Justizoberamtsrätin	148	+ 2	150
				29 (28) erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 13 zu BesGr. A 13 der Bundesbesoldungsordnung
A 12	Soz.Amtsrat/ Soz.Amtsärztin	68	+ 1	69
A 12	Justizamtsrat/ Justizamtsärztin	516	- 1	515
A 11	Soz.Amtmann/ Soz.Amtfrau	170	+ 3	173

BesGr.	Planstellen	Stand nach HHE 1992 und Ergänzungsvorlage durch Schlüsselung	Veränderung	Stand nach Schlüsselung
A 11	Justizamtmann/ Justizamtfrau	1.143	+ 1	1.144
A 10	Soz.Oberinspektor/ Soz.Oberinspektorin	200	+ 2	202
A 10	Justizoberinspektor/ Justizoberinspektorin	832	- 2	830
A 9	Soz. Inspektor/ Soz. Inspektorin	157	- 6	151
A 9	Obergerichtsvoll- zieher/-in	643	+ 8	651
				195 (192) erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur BesGr. A 9 der Bundesbesoldungsordnung
A 9	Justizamtsin- spektor/-in	1.189	+/- 0	1.189
				358 (356) erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur BesGr. A 9 der Bundesbesoldungsordnung

BesGr.	Planstellen	Stand nach HHE 1992 und Ergänzungsvorlage	Veränderung durch Schlüsselung	Stand nach Schlüsselung
A 8	Justizhauptse- kretär/-in	1.184	+ 2	1.186
A 8	Gerichtsvoll- zieher/-in	289	- 8	281
A 7	Justizoberse- kräter/-in	1.269	- 1	1.268
A 6	Justizsekretär/ Justizsekretärin	474	+ 2	476
A 5	Justizassistent/-in	250	- 3	247
A 5	Erster Justiz- hauptwachtmel- ster/-in	856	+ 17	873

144 (141) Stellen erhalten eine
Amtszulage gem. FN 5/7 zur BesGr.
A 5 der Bundesbesoldungsordnung

BesGr.	Planstellen	Stand nach HHE 1992 und Ergänzungsvorlage	Veränderung durch Schlüsselung	Stand nach Schlüsselung
A 4	Justizhaupt- wachtmeister/--in	498	+ 10	508
A 3	Justizoberwacht- meister/--in	100	- 27	73

BesGr. Planstellen Stand nach HHE 1992 Veränderung Stand nach
und Ergänzungsvorlage durch Schlüsselung Schlüsselung

Kapitel 04 050 (Justizvollzugseinrichtungen)

A 12	Reg. Amtsrat/ Reg. Amträtin	33	+ 1	34
A 10	Soz. Oberinspek- tor/-in	66	+ 1	67
A 10	Reg. Oberinspek- tor/-in	94	- 2	92
A 9	Soz. Inspektor Soz. Inspektorin	51	- 1	50
A 9	Reg. Inspektor/ Reg. Inspektorin	53	+ 1	54
A 8	Reg. Hauptsekre- tär/-in	84	+ 2	86
A 7	Reg. Obersekre- tär/-in	104	+ 1	105
A 6	Reg. Sekretär/-in	40	- 2	38
A 5	Reg. Assistent/-in	17	- 1	16

BesGr. Planstellen Stand nach HHE 1992 Veränderung Stand nach

Kapitel 04 080 (Finanzgerichte)

BesGr.	Planstellen	Stand nach HHE 1992 und Ergänzungsvorlage	Veränderung durch Schlüsselung	Stand nach Schlüsselung
A 11	Reg. Amtmann/ Reg. Amtfrau	9	+ 1	10
A 10	Reg. Oberoberin- spektor/-in	9	+ 1	10
A 9	Reg. Inspektor/ Reg. Inspektorin	11	- 2	9
A 8	Reg. Hauptse- kretär/-in	9	+ 1	10
A 6	Reg. Sekretär/-in	7	- 1	6

Verteilungsvorschlag zum zusätzlichen Stellenaufkommen der Titelgruppe 64 ("Topf 4")
- Haushalt 1992 -

Anlage 3 a

Kapitel	Titel	Zahl	Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn. Gr.	Dienstbezeichnung Dienststart	Dienststart	B e g r ü n d u n g
06 111	Univ. Bonn	1	Ib/IIa	Miss. Ang. a. Z.	01	Politikwissenschaften (Prof. Kaiser) zum 31.12.1992
06 121	Univ. Münster	1	Ib/IIa	Miss. Ang. a. Z.	01	Biosensorik zum 01.09.1992
06 122	ME Münster	1	Ib/IIa	Miss. Ang. - Dauer -	01	Molekularbiologie der Entzündung zum 31.12.1992
06 141	TH Aachen	1	Vb/Vc	Techn. Ang.	08	Bioverfahrenstechnik zum 31.12.1992
06 151	Univ. Bochum	1	Vc	Verwaltungsang.	07	Arbeitsgemeinschaft f. Plasmaphysik zum 01.01.1992
06 160	Univ. Dortmund	1	Ib/IIa	Miss. Ang. - Dauer -	01	Technik und Gesellschaft z. 31.12.92
06 240	Univ. -GH- Siegen	1	IIa/III	Ingenieur	08	Zentrum f. Sensortechnik/-systeme zum 01.01.1992
Insgesamt:		<u>7</u>				

In der Titelgruppe 6A kommen über den HPL-Entwurf 92
hinaus folgende Planstellen/Stellen auf:

apitel	Titel	Zahl	Bes. Gr. Verg.-Gr. Lohn. Gr.	Dienstbezeichnung Dienststart	Dienststart	B e g r ü n d u n g	(lfd. Nr./ Zeitp. d. Wegfalls)
36 122	- Med. Münster -	3	VII/VIII		03	MK Nr. 72-74	31.12.92
		1	VIb/VII		03	MK Nr. 75	31.12.92
36 141	- TH Aachen -	1	C 1	Wiss. Assistent		B. Nr. 6	31.12.91
		1	IVb/Vb	techn. Ang.		A. Nr. 8	31.08.92
36 211	- Univ. -GH- Essen -	<u>1</u>	C 2	Professor		A. Nr. 23	31.12.91
		<u>7</u>					

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Ministerin

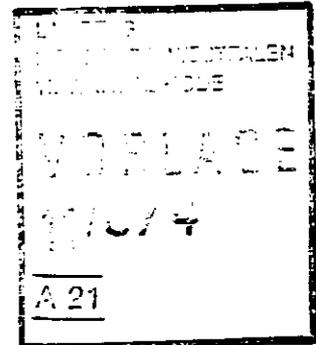
Anlage 3 b

Z A 1 - 4020.92 -

DÜSSELDORF, 14. November 1991
Durchwahl (0211) 896 - 4302

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Wissenschaft und Forschung
Herrn Abgeordneten Schultz-Tornau
Landtag NW

4000 Düsseldorf



Betr.: Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 1992 - Einzelplan 06 -

Bezug: Ausschußberatungen am 07.11.1991

Anlg.: - 110 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

unter Bezug auf die o. a. Beratungen füge ich einen Vorschlag zur Verteilung der im Zuge der Konzentrationsmaßnahmen (Kapitel 06 110 Titelgruppe 65) im Jahre 1991 freigewordenen Stellen bei.

Es handelt sich um insgesamt 21 Stellen für die Zwecke der Spitzenforschung (Topf 2) bzw. zur Komplettierung und Arrondierung bestimmter Hochschulbereiche (Topf 3). Die Einzeldarstellung ergibt sich aus der Anlage 1.

Zur haushaltstechnischen Darstellung weise ich darauf hin, daß im Haushaltsplanentwurf 1992 in der Titelgruppe 65 - Kapitel 06 110 - insgesamt 17 Stellen ausgewiesen sind..

Weitere 4 Stellen sind inzwischen noch freigeworden und der Titelgruppe 65 haushaltsrechtlich zugewachsen (Anlage 2).

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Anke Brunn', followed by a long horizontal line extending to the right.

(Anke Brunn)

Kapitel	Titel	Zahl	Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn. Gr.	Dienstbezeichnung Dienststart	Dienststart	B e g r ü n d u n g
06 111	Univ. Bonn	1	Ib/IIa	Wiss. Ang. - Dauer -	01	Nordamerika bzw. Südostasien-Studien zum 01.01.1992
06 131	Univ. Köln	1	Ib/IIa	Wiss. Ang. - Dauer -	01	CIP-Pools in der Philosophischen Fakultät zum 01.01.1992
		<u>1</u> <u>2</u>	Ib/IIa	Wiss. Ang. a. Z.	01	Rehabilitationsforschung (Heilpäd. Fakultät) zum 01.01.1992
06 141	TH Aachen	1	Ib/IIa	Wiss. Ang. a. Z.	01	für Forschungsverbund Mechatronik zum 01.01.1992
06 151	Univ. Bochum	1	Ib/IIa	Wiss. Ang. a. Z.	01	Lasieranwendungstechnik zum 01.01.1992 zum 01.01.1992
06 160	Univ. Dortmund	1	A 15	Akad. Direktor		Robotertechnik zum 01.01.1992
06 171	Univ. Düsseldorf	1	VIb/VII	Nichtwiss. Ang.	07	Betriebswirtschaftslehre zum 01.01.1992
06 172	ME Düsseldorf	1	Ia	Wiss. Ang. - Dauer -	01	Molekulare Wirkstoff-Forschung (Prof. Mannhold) zum 01.01.1992
06 181	Univ. Bielefeld	1	C 3	Univ.-Professor		P-Studiengang "Ästhetische Erziehung" zum 01.01.1992
06 211	Univ. -GH- Essen	1 <u>1</u> <u>2</u>	Ia C 4	Wiss. Ang. - Dauer - Univ.-Professor	01	Behindertenforschung zum 01.01.1992 Philosophie zum 01.01.1992
06 220	Univ. -GH- Duisburg	1 <u>1</u> <u>2</u>	Ib/IIa Ib/IIa	Wiss. Ang. a. Z. Wiss. Ang. a. Z.	01 01	Folterforschung zum 01.01.1992 IUTA-Thermische Verfahrenstechnik zum 01.01.1992
06 230	Univ. -GH- Paderborn	1 <u>1</u> <u>1</u>	III IVb/Vb Ib/IIa	Ingenieur Techn. Ang. Wiss. Ang. a. Z.	08 08 01	Maschinenwesen/Computergestützte Konstruktion zum 01.01.1992 Maschinenwesen zum 01.01.1992 Angewandte Datentechnik; FB Elektrotechnik zum 01.01.1992

Kapitel	Titel	Zahl	Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn. Gr.	Dienstbezeichnung Dienststart	Dienststart	B e g r ü n d u n g
06 250	Univ. -GH- Muppertal	1	III	Ingenieur	08	Materialwissenschaften z. 01.01.92
06 260	Univ. -GH- Hagen	1	Ib/IIa	Wiss. Ang. - Dauer -	01	Betriebswirtschaftslehre (Professor Fandel) zum 01.01.1992
06 550	Folkwang-Hochschule Essen	1	C 3	Professor		Musikpädagogik/Musikdidaktik (P/S I) zum 01.01.1992
06 560	Kunstakademie Münster	1 <u>1</u> <u>2</u>	V c C 4	Nichtwiss. Ang. Professor	04	Hochschulverwaltung z. 01.01.92 Kunstpädagogik zum 01.01.1992
Insgesamt:		<u>21</u>				

In der Titelgruppe 65 sind zum 31.12.91 über den HPL-Entwurf 92 hinaus folgende Planstellen/Stellen aufgekomen:

Kapitel	Titel	Zahl	Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn. Gr.	Dienstbezeichnung Dienststart	Dienststart	B e g r ü n d u n g	(lfd. Nr./ Zeitp. d. Wegfall=
06 111	-Univ. Bonn-	1	C 3	Univ. Professor		NOK Nr. 86 (Physik)	31.12.91
06 121	-Univ. Münster-	1	A 14	OSTR i. H.		NOK Nr. 92 (Mathematik)	31.12.91
06 141	-TH Aachen-	1	A 14	OSTR i. H.		NOK Nr. 17 (Germanistik)	31.12.91
06 760	-FH Münster-	<u>1</u>	C 2	Professor		NOK Nr. 9 (Sozialwesen)	31.12.91
	Zusammen	<u>4</u>					